

presse

AG Kultur und Medien

Provenienzforschung: Grundlage für Versöhnung und Verständigung

Helge Lindh, zuständiger Berichterstatter:

Morgen wird zum ersten Mal der „Tag der Provenienzforschung“ begangen. Der Tag erinnert uns an unsere Pflicht, die Herkunft geraubter oder unrechtmäßig erworbener Kulturgüter zu klären und im Dialog mit ihren Herkunftsländern und -gesellschaften über ihre mögliche Rückführung zu befinden. Er macht zudem auf die gesellschaftliche und wissenschaftliche Relevanz der Arbeit der Provenienzforscherinnen und Provenienzforscher aufmerksam.

„Die Herkunftsforschung ist eine notwendige Voraussetzung für die schwierige Frage der Restitution geraubter oder unrechtmäßig erworbener Kulturgüter. Sie ist auch ein wichtiger Baustein, um das Wissen und das Bewusstsein für Deutschlands Vergangenheit zu stärken. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung ihr Engagement für die Provenienzforschung deutlich verstärkt.

Provenienzforschung ist die Grundlage für Aufarbeitung, Restitution, Versöhnung und Partnerschaft. In Fragen der Erforschung und Restitution ist von Beginn an auf den Dialog, Austausch und die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und internationalen Expertinnen und Experten zu setzen. Im Bereich des internationalen Erfahrungs- und Wissensaustausches leistet die internationale Kulturpolitik des Auswärtigen Amtes und seiner Mittlerorganisationen bereits hervorragende Arbeit.

Auch wenn viele Museen und Sammlungen für die Fragen der Restitution bereits sensibilisiert sind, benötigen wir einen verbindlichen Orientierungsrahmen für den Umgang mit Raubkunst. Im Fall der NS-Raubkunst regeln dies die

‚Washingtoner Prinzipien‘. Die in diesem Zusammenhang eingesetzte ‚Beratende Kommission‘, die von Betroffenen zu Fragen der Restitution von Raubkunst angerufen werden kann, bedarf jedoch einer Reformierung. Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt diesen Reformauftrag sehr ernst und möchte eine unabhängige Arbeit dieses wichtigen Gremiums sicherstellen. Analog der ‚Washingtoner Prinzipien‘ benötigen wir auch zum Umgang mit Kulturgütern aus kolonialen Kontexten eine Vereinbarung, die eine Erforschung und Rückgabe von entsprechenden Objekten verbindlich regelt und über Deutschland hinausgeht. Auch hierfür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein.“